

Volkswacht

für Schlesien

Anzeigenpreis: 10 Zeilen für gewöhnliche Anzeigen aus Schlesien 2.— Mt., auswärts 2.— Mt., Stellenangebote, Familienangelegen, Stellenangelegen, Verleumdungen und Klagenangelegenheiten 2.— Mt., kleine Anzeigen pro Wort 0.50 Mt., das fette Wort 1.00 Mt., Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Redaktion Hauptstraße 4/5 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

Organ für die wertfällige Bevölkerung

Druck- und Verlagsanstalt: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141. Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Redaktion Hauptstraße 4/5, durch die Verlagsanstalt der „Volkswacht“, Neue Hauptstraße Nr. 3, durch die Zweigstelle, Hauptstraße 140, sowie durch alle Ausleger zu beziehen. Wöchentlich 23.— Mt., monatlich 120.— Mt., durch die Post vierteljährlich 330.— Mt., freibleibend. : : :

Vor wichtigen Entscheidungen.

Inne politische Krise?

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Die kritische Situation, die seit einigen Tagen auf dem Gebiet der deutschen Innenpolitik besteht, wird in der Öffentlichkeit vielfach falsch beurteilt. Es ist nicht richtig, anzunehmen, daß sie von der Frage des Umlagepreises ihren Ausgang genommen hat. Diese Frage wird allerdings in sozialdemokratischen Parteikreisen sehr ernst genommen, aber ihre Bedeutung wird nicht so hoch eingeschätzt, daß man ihrer wegen eine Politik verantworten wollte, die zu einem völligen Scheitern der bisher betriebenen Koalitionspolitik führen kann. Für die Entwicklung unseres gesamten wirtschaftlichen Lebens ist nicht die Höhe des Umlagepreises entscheidend, sondern die Frage der Stabilisierung der Mark. Würden die bürgerlichen Parteien in der Frage des Umlagepreises auf ihrer Auffassung bestehen, daß auch dieser Preis, ebenso wie die Preise aller anderen Waren, entsprechend der Geldwertverteilung, gesteigert werden müsse, würden sie aber zugleich bereit sein, gemeinsam mit der Sozialdemokratischen Partei geeignete finanzpolitische Maßnahmen zur Heilung unserer kranken Währung herbeizuführen, so wäre für uns kein Anlaß gegeben, die Fortsetzung der Koalitionspolitik in Frage zu stellen. Tatsächlich liegen aber die Dinge so, daß die bürgerlichen Parteien nicht nur auf der Verhinderung des Umlagepreises bestehen, sondern daß sie auch alle anderen Maßnahmen zur Stabilisierung unserer Währung starken Widerstand entgegensetzen.

Es hätte den Absichten der Partei entsprochen, wenn der Devisenordnung sofort eine positive währungs-politische Aktion gefolgt wäre in der Weise, daß ein vorläufiges inländisches Papier geschaffen worden und zugleich mit Hilfe des Reichsbankgoldes eine Aktion zur Stützung der Mark unternommen worden wäre. Daß die Devisenordnung allein nicht imstande ist, den Sturz der Mark aufzuhalten, war auch für diejenigen, die sie befürworteten, von vornherein klare Gewissheit. Dadurch nun, daß die Devisenordnung isoliert stehen blieb, die notwendigen positiven Maßnahmen zur Stützung der Währung, in der die Gegner der Devisenordnung mit einem äußeren Schein von Recht behaupten können, die Devisenordnung habe nichts geholfen, es sei also am besten, sie wieder zu beseitigen. Wichtig ist, daß die Devisenordnung nicht geholfen hat, aber falsch ist es nach sozialdemokratischer Auffassung, den Weg wieder zurückzugehen; richtig vielmehr, dem ersten Schritt, der auf ihm getan worden ist, weitere entscheidende hinzuzufügen. Da die bürgerlichen Parteien bisher keine Reaktion gezeigt haben, den Wünschen und Forderungen der Sozialdemokratischen Partei auf diesem Gebiete Rechnung zu tragen, vielmehr andere Projekte in den Vordergrund zu schieben versuchen, denen unsere Partei mit den stärksten Bedenken gegenübersteht, ist die Lage äußerst gespannt. Die Sozialdemokratische Partei ist sich dessen bewußt, daß der hereinbrechende Winter die schwersten wirtschaftlichen Sorgen für die gesamte arbeitende Bevölkerung mit sich bringen wird. Sie ist bestrebt, auf dem Gebiete der Gesetzgebung und der Verwaltung dasjenige zu leisten, was nach ihrer Heberzeugung geeignet ist, den Notstand einigermaßen zu mildern und zugleich eine Verschärfung der außenpolitischen Krise zu vermeiden. Geht es ihr nicht, mit ihrer Auffassung durchzubringen, dann steht sie vor der Frage, ob sie für die Führung der Regierungsgeschäfte auch weiterhin einen Teil der Verantwortung tragen kann.

Die hier wiedergegebenen Gedankengänge kamen in einer Sitzung unserer Reichstagsfraktion gestern zum Ausdruck.

Auch der wachsende Einfluß rechtsgerichteter Kreise auf die deutsche Außenpolitik hat die Fraktion, wie uns berichtet wird, am Montagabend beschäftigt. Diese Bestrebungen werden durch die „Arbeitsgemeinschaft der Mitte“ insofern gefördert, als jetzt auch die Volkspartei bei wichtigen Angelegenheiten teilnehmend an den Besprechungen mit der Regierung teilnimmt. Die Reichstagsfraktion wird versuchen, alles zu tun, um ein Abgleiten unserer Außenpolitik auf Bahnen des Scheiterns zu verhindern, d. h. unnötige Verstär-

kung zu vermeiden. Was das deutsche „Festbleiben“ im Mai 1921 gestiftet hat, dürfte heute noch bekannt sein und man sollte eigentlich nicht glauben, daß eine Reizung in bürgerlichen Koalitionskreisen bestehen könnte, vorerst alle Sachleistungen an die Entente abzulehnen. Direkte finanzielle Verpflichtungen haben wir augenblicklich beinahe gar nicht.

Die Parteiführer beim Kanzler.

Der Reichskanzler hatte für Montagabend die Parteiführer zu sich gebeten, um mit ihnen die Situation zu beraten. In seinen einleitenden Besprechungen wies Dr. Brüning darauf hin, daß es Zeit geworden ist zu politischen Maßnahmen und daß die Situation unseres Volkes eine Veranlassung der sofortigen Besprechung der wichtigsten Fragen darstellt. In der anschließenden Aussprache wandten sich die bürgerlichen Parteien gegen die Devisenverordnung. Die Demokraten hatten diesen Schritt des Reichskabinetts grundsätzlich für unangebracht, während Zentrum und Volkspartei einen ähnlichen Standpunkt mit Einschränkung in verschiedener Hinsicht vertraten. Genosse Hermann Müller wandte sich für die Sozialdemokratie gegen eine Aufhebung der Devisenverordnung und forderte vor allem neben den bisherigen negativen Maßnahmen positive Wege, die schleunigst beschritten werden sollen. Er machte keinen Hehl daraus, daß die Sozialdemokratie in dieser Situation vor eine schwierige Entscheidung gestellt sei. — Die Besprechungen der Parteiführer werden am Dienstag fortgesetzt.

Eine sozialdemokratische Entschliebung für radikale Lebensmittelerfassung.

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat im Reichstag folgende Entschliebung eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen: In ansehung der Tatsache, daß der Sturz der Mark zu einem vollkommenen Zusammenbruch der öffentlichen Brotversorgung zu führen droht, da die inländische Produktion weit hinter den tatsächlichen Anforderungen zurückbleibt, die Einfuhr von Getreide bei einem Dollarkurs von fast vierhundert völlig unmöglich wird, ist die Sicherung des nackten Lebens der Bevölkerung oberste Pflicht der gesetzgebenden Körperschaften. Das erfordert die zehlfache Erziehung der im Inland vorhandenen Vorräte an Lebensmitteln, die sich in den Händen der Erzeuger, der Verbraucher und des Handels befinden. Jede Verzögerung dieser Maßnahmen ruft die Gefahr der Verfühlung an das Vieh und der Verarbeitung zu Spiritus hervor. Der Reichstag ersucht deshalb die Reichsregierung, sofort einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen zur Sicherung der Volksernährung die vollständige Erfassung der wichtigsten Nahrungsmittel verfügt wird.

Stinnes kauft sich eine Großbank.

Berliner Blättern zufolge hat Hugo Stinnes etwas mehr als ein Drittel des zurzeit 110 Millionen Mark betragenden Aktienkapitals der Berliner Handelsgesellschaft erworben.

Internationale Arbeitertagungsdebatte in Genf.

Die Plenarsitzung der internationalen Arbeitertagung über den Generalarbeitertag von Albert Thomas war vor allem der Frage des Arbeitertages gewidmet. Der englische Arbeiterdelegierte Poulton bedauerte die zu geringe Zahl der Vertreter der Arbeiter auf der internationalen Arbeitertagung gegenüber den zahlreichen Vertretern der Regierungen und der Arbeitgeber. Die in Washington bei den Arbeitern erweckten Hoffnungen wegen des Arbeitertages seien getäuscht worden. Der schweizerische Arbeitervertreter Schürch führte Klage über die feindselige Haltung schweizerischer Arbeitgeber gegen den Arbeitertag, die dazu geführt habe, daß die schweizerische Regierung die Nichtteilnahme des Washingtoner Abkommens empfehle. Die weitere Debatte über den Generalarbeitertag wurde auf Dienstag vormittag vertagt.

Der Hunger in Rußland.

Trotz der gut ausgefallenen Ernte werden immer noch einige Gebiete auch in diesem Jahre vom Hunger betroffen. Ganz besonders schlimm steht es mit den südrussischen Gouvernements Jekaterinow, Odesa und dem wirtschaftlich außerordentlich wichtigen Gouvernment Donjeck. In diesen Gouvernements hungern gegenwärtig über 600 000 Personen. Die Zahl der Toten wächst fortwährend. Nicht minder schwer ist die Lage in den deutschen Kolonien des Wolgagebietes. Hier beträgt gegenwärtig die Zahl der Hungernden 160 000. Im Winter jedoch wird die Zahl der Hungernden steigen. Die deutschen Konsuln haben sich zu einer Organisation zusammengeschlossen und sie werden sich wahrscheinlich an ihr Mutterland zwecks Hilfeleistung wenden.

Ein politischer Attentatsprozess in Dagestan.

Vor dem polnischen Schwurgericht in Lemberg begann der Prozess gegen den Ukrainer Fedak und Genosse Fedak, der am 25. September 1921 auf den polnischen Staatschef Biskupski ein Attentat verübte, ist des Verbrechens des verübten Mordes angeklagt; seine Genossen, zwölf an der Zahl, werden wegen Mithilfe an dem Verbrechen zur Verantwortung gezogen. Der Prozess wird 10 bis 12 Tage dauern.

Aus dem bayerischen Wetterwinkel.

Aus München wird uns geschrieben:

Daß wir in diesem Späthommer und Herbst keinen Putz in Bayern bekommen haben, verdanken wir der Uneinigkeit der rechtsradikalen Organisationen untereinander und dem Umstand, daß ihre Führer den persönlichen Einsatz einer Parole zum Loslösen scheuen. Sie möchten lieber, daß die ausgeheulenden Massen einmal von selber losgehen, da sich ein nachträgliches Eingreifen der Leitung selbst im Falle eines Fehlschlages bewähren läßt. Nachdem sich gezeigt hat, daß dieses spontane Losgehen durch das Spitzentum der vorher herumgesprochenen Aufschreier sich nicht erreichen läßt, hat man jetzt von derartigen Unfälligkeiten einseitigen Abstand genommen und probiert es vorläufig mit Methoden, die dem italienischen Faschismus abgelauscht sind.

Der Vortrupp der Münchener Reaktion, die „Nationalsozialisten“, haben eine „Sturmabteilung“. Der naive Leser meint vielleicht, die Polizei solle sich doch einmal überlegen ob so etwas eigentlich erlaubt ist, aber in München steht man da amtlicherseits auf einem anderen Standpunkt. Bisher hat die Sturmabteilung nur harmlose Straßenpassanten gestört, wenn sie jüdisch aussahen und allein angetroffen wurden; die „Münchener Post“, unser Parteorgan, konnte eine Zeitung fast jeden Tag derartige Vorgänge registrieren. Aber dem Ehrgeiz des nationalsozialistischen Hauptlings Hiltler genügt solche individuelle Verärgerung seiner Garde nicht; wenn Mussolini gegen Rom zieht, muß Hiltler mindestens mit seinen Streitkräften nach Tölg ziehen. Tatsächlich suchte er eines Tages mit seinen auf drei Lastautos (Kostpunkt Nebensache; wer zählt?) verteilten Mannen diesen schönen Kurort heim, hielt eine Versammlung und fuhr nach etlichem Adau wieder ab. Gestärkt von diesem Erfolg, unternahm er ähnliche Expeditionen nach einem halben Duzend anderer bayerischer Orte, immer mit einem durch Proletariatsgroßchen nicht zu bedenkenden Benzinerbrauch und jedesmal mit größerem Spektakel. Schließlich packte er seine Getreuen in einen (gleichfalls nicht billigen) Sonderzug und fuhr mit ihnen nach Koburg zum „Deutschen Tag“. Dort kam es zu ernstlichen Krawallen, da die Hiltlerleute rüchloslos am helllichten Tage verprügelten, wer ihnen nicht paßte. Die Polizei verlagte vollständig, das Verbot der Zugbildung wurde einfach nicht durchgeführt. Daß die Helde dieses Abenteuers unterwegs in Schmähliedern, Flugblättern und sonstigen Meinungsäußerungen den republikanischen Staat dermaßen beschimpften, daß sie sich zusammen ein paar Menschenalter Gefängnis verdient hätten, wenn das Gesetz zum Schutz der Republik in Bayern durchgeführt würde, gehört natürlich zum Gesamtbild.

Man brauchte sich über derartige Dinge nicht allzu sehr aufzuregen, wenn nicht ein bewußter Versuch dahinter stecken würde, die Ohnmacht der Staatsgewalt gegenüber diesen Kräften faschistischer Natur zu zeigen und dadurch Mut zu einem Putz zu machen. In Bayern ist das Gelingen oder Mißlingen eines Gewaltstreikes weniger als anderswo von realen und mehr als anderswo von psychologischen Faktoren abhängig. Die psychologische Vorbereitung des Putzes ist die Aufgabe, die unverkennbar den rechtsradikalen Kreisen nach dem Steckenbleiben ihrer Herbstaktionen dringlich erscheint. Dies braucht gewiß kein republikanischer Nervens zu machen; denn irgendwie mit den Vorbereitungen zu einer Gewaltaktion befaßt waren diese Kreise wahrscheinlich in jedem einzigen Augenblick seit 1919. Wahrscheinlichkeit und Klarheit über die zweckmäßigen Normen der Abwehr besteht ja wohl selbstverständlich bei allen Stellen des Reiches, die mit der Sorge um die Sicherheit der Deutsche Republik betraut sind.

Der neue extreme partikularistische Programmwurf der Bayerischen Volkspartei wirkt zweifellos im Sinne der Lockerung des Bodens für die Putzstimmung, mag auch der größere Teil seiner Urheber ganz andere Absichten damit verfolgen. Ob in diesem Zusammenhang auch der bekannte offene Brief Eicherichs an Ebert einzureihen ist, mag dahingestellt bleiben.

Nach von einer ganz anderen Seite hat die rechtsradikale Ministerarbeit Hilfe erhalten: Im Prozess gegen den bayerischen Staatsrat hat das bayerische Volksgericht die Mitteilungen über reaktionäre Geheimorganisationen für krasse Landesklerik erklärt und die beteiligten Journalisten, für die persönlich mit Ausnahme Gedenkbüchlein, kann jemand sich erwarmen wird, und deren Verleumdung überhöht und schändlich war, zu 10, 11 und 12 Jahren Zuchthaus verurteilt. Auf die

Ein Dollar (vorbörslich) 4250 Mt.

Einzelheiten dieses Prozesses braucht man gar nicht einzugehen; für die politische Wirkung des Urteils genügt folgender Satz aus seiner Begründung:

Der objektive Tatbestand des Landesverrats liegt unter allen Umständen stets dann vor, wenn mit der Veröffentlichung in der Presse zugleich der ausdrückliche oder stillschweigende (!) Vorwurf verbunden ist, daß die deutschen Behörden das Vorgehen von Waffenlagern usw. im Widerspruch zum Friedensvertrag und zu der innerstaatlichen Gesetzgebung begünstigen oder dulden.

Eine Bitte an den Gerichtshof: Er möge uns sagen, wie man Nachrichten über Geheimorganisationen oder Waffenlager in die Presse bringen kann, ohne die bayerischen Behörden „stillschweigend“ zu beschuldigen, daß sie diese Dinge dulden? Oder meint der Gerichtshof vielleicht, daß man ausdrücklich hinzufügen soll, daß die sämtlichen Amtspersonen vom Ortsgendarm bis zum Ministerpräsidenten nichts sehen und nichts hören, daß selbst die beispiellose Dummheit gewisser reaktionärer Drahtfiguren nicht groß genug ist, um der bayerischen Polizei die Augen zu öffnen? Aber das wäre ja Beamtenebeidigung! Das Münchener Volksgericht wird es nicht fertig bringen, daß die verantwortungsbewußte Presse aus Angst vor dem Zuchthaus die zur Vermeidung ernstlicher Vorkommnisse notwendige Aufdeckung der in Bayern herrschenden schweren Mißstände unterläßt. Der politischen Voreingenommenheit bayerischer Richter zum Opfer zu fallen, ist künftig eine journalistische Berufsgelahr, der kein anständiger Mensch feige ausweichen wird.

Im übrigen möge sich das Münchener Volksgericht beruhigen: Der mangelhafte Wille leitender bayerischer Kreise, sich in die Reichsverfassung einzufügen, ist allzu bekannt, das Verjagen bayerischer Staatsorgane bei der Abwehr reaktionärer Drohungen selbst gegen die eigene bayerische Regierung ist seit dem Amtsantritt Lerchensfelds so oft im In- und Ausland erörtert worden, daß niemand auch nur mit einem Schein von Recht aus derartigen Vorgängen in Bayern den bösen Willen der völkerrätlich allein verantwortlichen Reichsregierung ableiten kann.

In der republikanischen Presse Norddeutschlands ist bereits aus Anlaß dieses Urteils der Ruf nach sofortiger Beseitigung der bayerischen Volksgerichte erhoben worden. Gewiß ist, gerade weil psychologische Faktoren in Bayern so viel ausmachen, eine Remedur gegenüber dieser politischen Justiz geboten. Ob aber die Volksgerichte sofort fallen oder erst in Sommer mit der allgemeinen Strafprozessreform, ist nicht so wichtig; weit mehr kommt es darauf an, daß mit den Volksgerichten nicht nur die Institution an sich fällt, sondern gleichzeitig der Geist verurteilt wird, aus dem sie hervorgegangen sind. Dies kann geschehen, indem gleichzeitig mit der Beseitigung der Sondergerichte zum mindesten für die von ihnen verhängten Jahrsurteile nachträgliche Revision und Berufung zum Reichsgericht eröffnet wird. Die Aufhebung der politischen Stimmungsurteile durch den höchsten deutschen Gerichtshof wäre ein vernichtender Schlag gegen das Ansehen derjenigen Kreise, die in Bayern heute die Politik bestimmen, und damit ein bedeutungsvoller Schritt zur Ueberleitung des bayerischen Bürgerturns auf den Boden des republikanischen Staatsgedankens.

Graf Jech Gesandter in Helsingfors.

Sout „Germania“ ist der bisherige Reichsgesandte in Helsingfors, Graf Jech, zum deutschen Gesandten in Helsingfors ernannt worden.

Das fehlende Reichsrecht gegen den Alkoholisimus.

Genosse Runert fragt im Reichstag an: Die Notwendigkeit der Bekämpfung des Alkoholisimus als Volksgefahr hat seit Jahren die Reichsregierung erkennen lassen, daß zunächst ein Gesetzesentwurf erforderlich ist, wodurch die Basis für ein reichsrechtliches Vorgehen gegen die verhängnisvollen Wirkungen der Trunksucht innerhalb des Reichsgebiets gegeben sein könnte.

Handelt es sich bei dem kommenden Entwurf nur um Bestimmungen auf dem Gebiete der Schandstrafgesetze oder um teilweise beziehentlich allgemeines Alkoholverbot?

Untergang.

Ein Lebensfragment von H. M. de Jong.
Berechtigter Uebersetzung aus dem Holländischen
von Georg Götzer.

Donnerstag, 5. Januar. Abends.
Werde ich das noch länger ertragen können? ... Es ist so traurig, so unangenehm, immerfort sich selbst verurteilen zu müssen ... Vom Morgen an, wenn ich geweckt werde, bis tief in die Nacht hinein, wenn ich nach körperlichen Gebanden endlich einschlafen empfinde, ist nur eins, und das ist: Selbstverurteilung ... Und dabei der Gedanke: ich komme nimmermehr heraus. Denn ich durchschaue die Absicht des dreifachen Weibes. Noch keinen Karikatur habe ich für mich selbst. Trotz ihrer Zusage läßt sie mich für die unmöglichsten Dinge schändliche Preise bezahlen. Meine Anstrengung, meine blasse Brille und loger Bobba ... das alles kostet ich mir selbst ... Wie lange würde ich wohl betteln müssen, um dies alles zu bereinigen? ... Sicherlich so lange, bis der moralische Koth, der langsam an mir bezaugelt wird, vollkommen ist und ich jenseit abgestumpft bin, daß ich nicht mehr als ein Ungeheuer und als eine Schmach empfinde ...
Rein, das ist eine Unmöglichkeit. Ich weiß bestimmt, daß ich jetzt nicht halten werde ... Lieber — schreibe ich noch Holland und geh' zurück.
Nach Holland kehren? ... Roga? ... Wenn ich eine Woche dort bin, werde ich mich viel einfacher fühlen als je ... Rein, hier in allerletzter Stunde!
Jaerz will ich noch versuchen, ehlich mir selbst Beden zu brechen ... Aber das muß bald möglich sein, denn so habe ich es nicht mehr lange aus ... Ich verlass' mich auf Gott und Seele. Ich habe einen abwechselnden Blick vor meinem eigenen Körper und eines demütigenden Hohn gegen meine niedrigen Gedanken ...
Gott! moeges hier ein Dorn vorüber mit einem Häßchen bei sich, einem schützenden, liebhaften, blauen Häßchen. Sie ist eine gute, eine liebevolle, eine sanfte, eine edle, eine ...
Warum gibst du ihm das? fragte der kleine Jungs und sah einen Blick neugierig von seinem Vater zu mir gehen.
„Er hat keine Augen“, sagte ich zu ihm.

Rheinlanddebatte, Befolgungsvorlage, Umlage-Abstimmung im Reichstag.

Auf der Tagesordnung steht eine Interpellation aller Parteien, ausschließlich der Kommunisten, die gegen das bekannte

Vorgehen der Interalliierten Rheinlandkommission im Falle Surots

Einpruch erhebt.

Abg. Salkmann-Köln (Soz.):

Der zur Verhandlung stehende Eingriff der Interalliierten Rheinlandkommission in die deutsche Rechtspflege wird nicht nur in den besetzten Gebieten, sondern im ganzen deutschen Volk als ein unerhörter und in seiner Art beispielloser Vorkall empfunden. Die Rheinlandkommission hat den deutschen Behörden unterlagert, eine auf acht Monate Gefängnis laufende Strafe gegen einen politischen Agenten des französischen Imperialismus zu vollziehen. Es handelt sich für uns nicht um die belanglose Person des Betroffenen, der in keiner Schicht der rheinischen Bevölkerung nennenswerter Stellung hat, sondern um die elementarsten Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit. Unsere Partei steht der gegenwärtigen Rechtspflege in Deutschland und in anderen Ländern wahrlich nicht ohne Kritik gegenüber. Umso entschiedener erklären wir, die von Kölner Gerichten gegen den Herausgeber und Redakteur der „Rheinischen Republik“ verhängten Strafen sind nicht härter, als sie jeder andere deutsche Staatsbürger zu gewärtigen hat, wenn er verleumdungswürdige Behauptungen und Beschuldigungen öffentlich verbreitet. Als besonders verwerflich empfinden wir, daß die Rheinlandkommission in ihrer letzten Beschlusse die deutsche Reichspräsidenten für belanglos erklärt.

Die Sozialdemokratie als eine Partei, die auch unter den brüderlichen Seiten der Kolonialpolitik nicht dem Völkerverhaß, sondern der Völkerverständigung dienen will, bedauert aufs tiefste, daß die Rheinlandkommission mehr und mehr eine Politik treibt, die eine immer größere Kluft zwischen den Besatzungsmächten und der deutschen Bevölkerung aufreißt. Die fremden Heere am Rhein sind der stärkste Beweis dafür, daß wir zwar einen sogenannten Friedensvertrag, aber keinen wirklichen Frieden haben. Darum erheben wir

mit der gesamten sozialistischen Internationale

auch bei dieser Gelegenheit die Forderung: Abzug der Ententeheere vom Rhein!

Abg. Dr. Baumbach (Zentr.) bezeichnet die Zustände im besetzten Gebiet als aller Kultur und allen Rechtsbegriffen höhnisch und erhebt gegen die Willkürherrschaft der Rheinlandkommission Protest. (Beifall.)

Abg. Dr. Waldenbauer (Dt. Vp.) schließt sich diesem Protest an. Angesichts der Gedanklosigkeit aller Hochverräter durch die Rheinlandkommission könne man die französische Bevölkerung nicht mehr ernst nehmen, daß Frankreich nicht die Loslösung der Rheinlanddebatte erhebt. (Beifall.)

Abg. Dr. Winter (Soz.) wünscht, daß das Auswärtige Amt die ausländische Presse über die Loslösungsinformation informiert.

Abg. Griebel (Dem.) bezeichnet die Entsendung der Rheinlandkommission als einen glatten Rechtsbruch.

Abg. Deermann (Bayer. Vp.): Je mehr die rheinische Bevölkerung bedrückt wird, umso lauter wird in ihrem Herzen der Ruf hallen: Jetzt steht und räumt die Macht am Rhein!

Reichsminister Dr. Wirth:

Die Reichsregierung ist mit denen der Ansicht, daß es sich bei dem Eingriff der Interalliierten Rheinlandkommission um einen schweren Eingriff in die Freiheit und Unabhängigkeit der deutschen Rechtsprechung handelt, der nicht widerstandslos hingenommen werden kann. Der Beschluß der Interalliierten Rheinlandkommission verweigert nicht nur dem Reichspräsidenten und den übrigen verteidigten Personen den Schutz ihrer Ehre, sondern beleidigt die deutschen Richter, die das Urteil gefällt haben, indem ihnen nachgelagt wird, daß sie sich bei ihrem Urteil nicht von der reinen Sorge für die Gerechtigkeit hätten bestimmen lassen, sondern durch politische Rücksichten. Es würde einen Präzedenzfall in die Kabinetsjurisprudenz des abolutistischen Regimes vergangener Jahrhunderte bedeuten, wenn eine politische Körperlichkeit das Recht haben sollte, das Urteil eines unabhängigen Gerichts zu annullieren. Der Beschluß, der die Verurteilung des deutschen Reichspräsidenten als Tat von untergeordneter Bedeutung bezeichnet, übertrifft, daß im Rheinland zahlreiche deutsche Reichsbürger wegen der geringsten Kränkungen von Angehörigen der Besatzungstruppen bis herab zum einfachen Soldaten zu schweren Gefängnisstrafen verurteilt worden sind.

Sowohl die Reichsregierung, wie die Regierungen der beteiligten Länder sind von Anfang an der Ansicht gewesen, daß es nicht im Interesse der betroffenen Bevölkerung liegen würde, wenn die Reichs- und Landesregierungen der Interalliierten Rheinlandkommission gegenüber eine Kampfhaltung einnehmen. Dementsprechend sind die Beamten zu einem korrekten Verhalten gegenüber allen Befehlshabern angehalten worden. Diese Haltung der Reichsregierung wird aber gelähmt und durchkreuzt, wenn Beschlüsse gefaßt werden wie im Falle Surots.

Die deutsche Vertreter in den Ententegebieten haben entsprechend meinen Ausführungen Stellung genommen gegen den Beschluß der Interalliierten Rheinlandkommission entsprechend zurückgewiesen, sondern auch den unbilligsten Zustand hervorgehoben, daß dem Reichspräsidenten auf deutschem Boden ein Schutz gegen fremde Verleumdung verweigert werde. Deutsche Seite wurde ferner das dringende Verlangen gestellt, den Beschluß alsbald wieder aufzuheben. Eine Antwort der Regierungen steht noch aus. (Lebhafte Beifall.)
Hierauf wird der Beschlussestrich betz.

Ergänzung des Beschlusses des Reichstages und des vierten Nachtragssetz für 1922 nimmt das Wort: Abg. Steinkopf (Soz.) (Beifall). Der Ausschuss hat die Befolgungsvorlage namentlich bezüglich der Ortszuschläge, nach dem Vorschlag für die Beamten gestaltet und im Nachtragsgesetz unverändert angenommen.

Ein Regierungsvortrager bittet, die Befolgungsvorlage wieder herzustellen. Die Regierung sei bereit, die Wünsche der Beamten bei den Ortszuschlägen nach Möglichkeit zu berücksichtigen. — Abg. Steinkopf (Soz.) zieht mit Rücksicht auf diese Erklärung der Regierung nunmehr im Einverständnis mit den Reichsparteien den Ausschussbeschlusse bezüglich der Ortszuschläge zurück.

Ein Antrag der Deutschnationalen bezüglich der Erhaltung „wohlerworbener“ Rechte der Beamten und Offiziere wird gegen die Stimmen der Deutschnationalen abgelehnt. — In der Frage der Ortszuschläge wird die Befolgungsvorlage wieder hergestelt. Im übrigen erfolgt Annahme der Befolgungsvorlage nach den Beschlüssen des Ausschusses. Angenommen wird weiter eine Entschädigung, die eine besondere Berücksichtigung der Beamten in den Grenzgebieten bei der Aufhebung der Feindschaft verlangt. Im Anschluß daran gelangt die Vorlage schließlich in dritter Lesung zur Annahme.
Die am Sonnabend abgebrochene Debatte über die Angelegenheitenversicherung

wird hierauf fortgesetzt.

Abg. Griebel (Soz.), der am Sonnabend nicht, wie wir ausführlich berichteten, für die Wiedereinführung, sondern für die Aufhebung der Gehaltsgrenze eintrat, begründet nochmals die Stellungnahme seiner Fraktion und beantragt, über den Zentrumsantrag auf Wiedereinführung der Gehaltsgrenze namentlich abzustimmen.

In der Abstimmung wird dieser Antrag mit 173 gegen 184 Stimmen angenommen. Weiter wird beschlossen, daß weibliche Mitglieder bei ihrer Vereinerung die Hälfte ihrer Beiträge zurückerstattet bekommen. Mit 200 gegen 126 Stimmen wird die lebenslängliche Anstellung der Direktoren und höheren Beamten abgelehnt. Ein sozialdemokratischer Antrag, der den Arbeitgebern zwei Drittel der Beiträge auferlegen will, wird in namentlicher Abstimmung mit 202 gegen 144 Stimmen abgelehnt.

Dann wird die Vorlage über die Erhöhung der Beschäftigungsgrenze auf 120 000 Mark in zweiter Beratung verabschiedet, nachdem ein sozialdemokratischer Antrag, die Grenze auf 180 000 Mark zu erhöhen, abgelehnt wird.

Das Haus trat dann in die Beratung des Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide (Umlagegetreide) ein.

Abg. Krähig (Soz.):
Wir stehen mitten in einer Hungerkatastrophe, die für die Ernährung unseres Volkes die allgrößte Gefahr ist. Es wird nicht nur eine Verknappung der Getreideerzeugung eintreten, sondern sogar die Unmöglichkeit ausreichender Lebensmittelversorgung. Uns fehlt das Geld zur Beschaffung des notwendigen Auslandsgetreides. Bei Annahme des Zentrumsantrags für die Bemessung des Umlagegetreides und bei einem Preise von 180 000 Mark werden wir schon in aller nächster Zeit mit einem

Umlagebrotpreis von 250 Mark zu rechnen haben, der sich bei dem Fortdauern der Geldentwertung auf 450 Mark erhöhen wird. Der Redner begründet dann die an anderer Stelle wiedergegebene Entschädigung der sozialdemokratischen Fraktion und weist an einer Reihe von Briefen und Pressestimmen aus dem bürgerlichen Lager nach, daß auch dort immer mehr der Gedanke Eingang gewinnt, daß wir ohne Zwangswirtschaft nicht mehr auskommen können.

Abg. Köhler (Komm.) beantragt, die Umlage auf 4 1/2 Mill. Tonnen zu erhöhen, den Umlagepreis in der letzten Höhe zu belassen und für die gesamte Entente festzusetzen.

Gegen die sozialdemokratischen Stimmen wird dann der Artikel 1 in der Ausschussfassung, die eine vierfache Erhöhung des Umlagepreises für das erste Drittel vorseht, angenommen. Die sozialdemokratische Entschädigung wird abgelehnt.

Die endgültige Abstimmung dritter Lesung über das Umlagegetreide findet in der nächsten Sitzung statt.
Danach wird das Gesetz betr. Lohnpändung auch in dritter Lesung angenommen.

„Was nützt ihm denn das Geld“, rief der Junge unzufrieden, „als ihm dann doch wieder ein paar neue Augen.“
„Ich hab keine Augen, keine Hände über meinen Ausruh, und mich verblühener Wan' habe ich ihm noch: sie begriff nicht, daß der kleine Junge ihr eine so ganzweisse Geize gegeben hatte, daß sie sich ihres Unwissens hätte schämen müssen ...“
„In der Tat, Madame, geben Sie einem Blinden neue Augen, aber lassen Sie ihn nicht sich krümmen vor Schmerz und Selbstverurteilung unter der überaus schmerzhaften Last von Almosen ... Auch ein Blinden kann sich nützlich machen und eine eheliche Existenz haben, erfüllt von dem fröhlichen Bewußtsein, als Mensch für sich selbst zu sorgen. Und die Unglücklichen, die sich auf keine Weise nützlich machen können, haben ein Recht auf Lebensunterhalt, da sie selbst das Leben nicht verlängern können, und jedenfalls hätten sie das Recht auf einen erträglichen Lohn ...“
„Über Sie und Ihre unbilligen Forderungen und Forderungen reden Sie jedem, der Sie auf der Straße herum sieht, indem er Ihnen seine abstoßenden Bedürfnisse anzeigt.“
„Madame, daß dieselbe Tat, die Ihnen so viel Gefühl der Befugtheit und Selbstverleugenden Brandstiftet, diese Menschen — Menschen, hören Sie, mit einer Seele und mit einem Geiste wie Sie! — zum Glück des Hundes macht, der jeden Knochen schmachtet hat! — Das also der Begriff der Wohlthat sehr eng verstanden ist mit dem der Pflanztat?“
„Gibt dem Blinden neue Augen, aber verweigert ihm aber Almosen.“
„Gibt ihm Licht für seine Seele, aber vergiftet ihn nicht durch Wohlthatigkeit.“
„O, era Tag als Bettler!“
„Niemand ist das Recht der Sonne mir so fast, so farblos und so abscheulich erdigen.“
„Alles ist mir ein Gesell!“
Die Menschen sind allerbitt, die Franz und frei an mir vorübergehen, nichts läßt mir noch das geringste Interesse ein ... Sie reden mir an, diese Menschen, sie schäuteten mich, sie lachen, sie haben einen häßlich wechselnden Gesichtsausdruck. Sie denken an allerlei Dinge, ebenso wie ich ein ... Ich denke nur noch an mich selbst und an meine Schande, die nicht einem einzelnen Menschen, sondern allen Menschen ist. Und mein Gesicht bleibt hart in den Gelenken jeder Gelenkheit, alle Gefühle sind abgestorben. Und mein Kopf bedrängt traurig vorwärts, und die Welt ist so grau, so fahl, wenn sie durch eine schwarze Stelle gehen wird ...“
„Es hat Schicksal, die ich am mich bewegen, und nur die lebhaftesten Gefühle ist mir der Beweis, daß sie zur lebendigen Welt gehören.“

Der kleine Bobby sitzt zu meinen Füßen, so komisch-aktuell, das kleine Schwänzchen nach hinten gestreckt, und schaut auf die Vorübergehenden und ab und zu auch auf mich. Es ist kalt, und zuweilen regnet es, aber eine Haarbühne trottert plötzlich auf uns herab. Dann verläßt Bobby sich hinter meinen Rücken, in der Wärme, und er lächelt so sehr und schmeckt sich glücklich an mich an. Ich und zu schaut uns jemand an und sagt etwas zu dem Freunde oder zu der Frau, die neben ihm geht. O ... dieses Mitleid ... Nichts Geringeres als der Welt ist denkbar, als auf der Straße das Mitleid der Menschen erwecken, die einen leben ... Und das tue ich jetzt den ganzen Tag. Aber bitten tue ich nicht, niemals, und mich bedanken ebenwiewenig ... So habe ich mich selbst noch vor, daß ich je eigentlich nicht betteln ... Aber ich weiß es doch besser ... Und wie ich aussehen muß: gebrochen und verdrückt ... Geküßelt eine Dame zu ihrem Kavaliere — beide im Pelz ... „Sieh den armen alten Schlucker ...“
„Gib ihm was, Darling!“
Der „Darling“ brummte ein wenig, sog seine Handhabe aus und schaute einen Sirpente aus seiner Tasche, den er mir mit mütterlicher Miene in mein Köpfchen warf ... Er schaute so unwillig drein, als er seinen Bedarf zumüßte, daß ich Dame lachte ... Dann lachte auch er wieder und fröhlich jagte sie weiter ... fröhlich über den lustigen Zwischenfall mit dem alten blinden Strohh, der ättern — und nicht nur vor Kälte — auf der kalten Straße zurückließ ...
Mittags kommt ein Mädchen aus der Nachbarschaft und bringt mir ein Blechgefäßchen mit Essen. Bobby läuft hübsch wachselnd und schaut sich schon im voraus schön. Uns zwischen den Menschen hindurchwindend, suchen wir ein geschütztes Eckchen auf, und ich habe mich neben und esse ... Ich esse auf der Straße, auf einem warmen Fleckchen lauernd, hinter einem Kiosk oder einer vorpritzenden Ecke ... Aber ich kann es nicht. Ich fühle die Blicke der Menschen, und kaum kann ich noch einen Knospen durch die Reile bringen, Bobby wundert sich über die unerhörten Menschen Nahrung, die er zu verabreicht liegt, aber sein Klappergeräusch ist so entsetzlich ausgehängert, daß er alles verschlingt und noch Hunger hat, wenn er fertig ist: liegt hier oder dort irgend etwas Schades, dann schnappt er es im Geben auf, und noch niemals habe ich ihn schütteln gesehen ... Doch wenn meine Streichhölzer länger wären könnten, bei diesen Menschen, ein wohlgenährtes Hundchen zu werden. Er bedrückt mich darüber, und er seinen kleinen Kaufmannsamtchen gegen mich, weiß ich, wie sehr er der Nahrung ist, daß er es mit seinem Herrchen gut tun können hat ... (Fortsetzung folgt.)

Die außenpolitischen Rückwirkungen des englischen Wahlkampfes.

Vor schwerwiegenden internationalen Entscheidungen.

In der Reparationskommission wird gegenwärtig in langen Beratungen ein heftiger Kampf zwischen dem Delegierten Englands, Bradbury und dem Delegierten der französischen Regierung, Barthou, durchgeführt, von denen bekanntlich jeder einen umfassenden Plan zur Regelung der Reparationsfrage vorgelegt hat. Unsere Leser kennen den grundlegenden Gegensatz der beiden Pläne, von denen der englische uns zunächst eine längere gründliche Atempause zur Erholung unserer Zahlungsfähigkeit geben will, während der französische sich dazu nur unter einer Reihe von „Sicherungen“ versteht, die teils durch kostspielige Kontrolle, teils durch Bedrohung der deutschen Wirtschaftseinheit am Rhein eine wirkliche Erholung ausschließen müßten. Die englische und französische Presse berichtet je nach ihrer Einstellung ganz verschieden über den Stand der Verhandlungen und das Rätselraten einiger deutscher Blätter aus diesen Pariser und Londoner Presseartikeln gibt keinerlei wirkliche Aufklärung. Eine Entscheidung ist inzwischen nur in der Frage der „Ausgleichszahlungen“ gefallen. Deutschland wird bis Juli 1923 von den Zahlungen im Ausgleichsverfahren für private Kriegsschäden freigegeben, erhält also hierfür ein ziemlich kurzfristiges Moratorium, dessen Wirkung aber nur im Zusammenhang mit der bevorstehenden Entscheidung über die Reparationszahlungen beurteilt werden kann. Von dieser ist bisher nur das eine sicher, daß die Franzosen, die Lage, die durch den Rücktritt Lloyd Georges geschaffen ist, kräftig auszunutzen suchen. Daß sie sogar im Stinnes-Luberjac-Abkommen gemachte Konzessionen jetzt in Berlin wieder zurückzugreifen versuchen, muß als unüberlegt gelten. Unmöglich muß aber auch das in der gegenwärtigen internationalen Lage nicht scheinen. Reizt die Komplikation doch geradezu zu einer Probe darauf an, wieviel Widerstandskraft in Kontinentalfragen England während seiner jetzigen innerpolitischen Krise behalten hat.

Die Entwicklung dieser Krise ist noch ganz unübersichtlich. Fest steht nur, daß zunächst nur eine Regierung für die Wahlzeit gebildet wird, daß der Wahltermin möglichst beschleunigt werden soll und daß der Chef dieser Zwischenregierung Bonar Law sein wird. Weder seine Ministerliste, noch sein Programm steht fest. Bonar Law ist innerpolitisch kein Rechtsradikaler. War er es doch, der Lloyd George nach dem Koalitionssturz von 1919 trotz dem Übergewicht der Unionisten die Ministerpräsidentschaft sicherte. Er ist außenpolitisch in den Hauptfragen der englischen Weltpolitik, mit Ausnahme des Orientproblems, wohl auch auf keine wesentlich anderen Ziele eingestellt, als der bisherige Ministerpräsident. Die Kritik an Lloyd Georges Taktik, die er vor kurzem in den „Times“ übte, zeigt das ebenso deutlich wie ihre frühere gemeinsame Tätigkeit. Aber bedeutsamer als diese persönliche Einstellung des neuen Premiers wird der Umstand in die Erscheinung treten, daß in Wahlzeiten jede englische Regierung sich nur auf unbedingt notwendige und erfolgversprechende außenpolitische Aktionen einlassen wird. Der Steuerzahler will als Wähler sehen, wie er entlastet werden kann, zumal der bürgerlich-konservative Steuerzahler.

Wie das zu erreichen ist, dafür wird nun jede der großen Wahlkampfgruppen ein anderes Programm aufstellen. Das Wahlprogramm Lloyd Georges ist dabei durch seine bisherigen Taten — man ist nicht umsonst sechzehn Jahre hintereinander Minister und fünf davon Ministerpräsident — festgelegt. Sein Freund Churchill wird ihn dabei wohl vergeblich nur gegen links fortschrittlicheren suchen. Festgelegt ist auch die allgemeine Richtung des Wahlprogramms der Arbeiterpartei, die mit einer starken Zunahme gegenüber der geringen Mandatszahl rechnet, über die sie heute aufgrund der Siegesrauschwahlen von 1919 verfügt, die aber nach dem Zerfall der Koalition nicht mehr den enormen Vorteil hat, als einzige grundsätzliche Gegnerin der bisherigen Regierungspolitik neben den unsicher geführten unabhängigen Liberalen aufzutreten und die außerdem unter den Nachwirkungen unglücklicher Streiks großer Gewerkschaftsgruppen steht. Unbestimmt ist die Stellungnahme der bisherigen Unionisten und der liberalen Prinzipien vorwarfen, daß die neue Lage sie als Partei trotz bedeutender Einzelerfolge schlecht vorbereitet findet. Um unbestimmtesten aber ist das Programm der neuen Regierung, solange diese noch nicht weiß, wer zu ihr gehört. Die Rechtsradikalen unter Führung Salisbury wollen mitmachen; bisher liberale Männer, wie der frühere Schatzkanzler und Großbankier Mac Kena, wollen es auch. Franzosenfreunden wie Lord Derby stehen Männer in derselben Gruppe gegenüber, die Lloyd George wegen seiner Verhandlungs-Mißerfolge mit Poincaré am schärfsten angriffen. Es heißt also abwarten und inzwischen den Deutschenfeinden drüben gerade jetzt so wenig Unterstützung und Vorwände geben wie nur möglich. —m.

Ein Denkmal für Laurés.

In Montpellier wurde das Denkmal für Laurés eingeweiht. Außer anderen Rednern sprach der radikal-sozialistische (bürgerlich demokratische) Abgeordnete Balmès vor dem Denkmal im Namen seiner Partei.

Die Not am Rhein im Preussischen Landtag.

Der preussische Ministerpräsident Genosse Otto Braun wies darauf hin, daß die Bevölkerung am Rhein und in Preußen es als einen Standpunkt sonderbar empfinden müsse, wenn die Interalliierte Rheinlandskommission Herrn Smets, der auch vor Belästigungen des Reichspräsidenten nicht zurückschreckt, vor der ihm zuzurechnenden Strafe schütze. Dem Reichspräsidenten werde also der Schutz verweigert, den die Entente sogar den französischen Kinderfrauen zugestehen. Der Ministerpräsident verflüchtete sich an der Reichs- und Staatsregierung die nötigen Schritte getan worden seien, um den Eingriff der Interalliierten Kommission in die deutsche Rechtspflege wieder rückgängig zu machen.

Die Eingriffe in die Bevölkerung am Rhein das Leben zur Qual. Der Ausländerzustrom treibe die Preise in schwindelhafter Höhe, unerschwinglich für die Lohn- und Gehaltsempfänger. Eine gezielte innere Front, eine Verstärkung des Gemeinschaftsgebändens, sei zur Abwehr notwendig.

Es folgen nun die Begründungen der verschiedenen Großen Anträge der Parteien. Schon am 26. Mai wurde von den Sozialdemokraten zusammen mit der Deutschen Volkspartei und den Demokraten in einer solchen Anfrage verlangt, daß das Reich die Besatzungslage an Gemeindegemeinde, Gemeindegemeinschaft, Lehrer und Arbeiter unternimmt und daß bis zu dieser Übernahme die fehlenden 20 Prozent an der Zulage aus der Staatskasse bezahlt werden. In diese Gemeindegemeinschaften gehören die Arbeiter, die noch unmöglich die Empfänger dieser Zulage noch länger darunter leiden dürfen, weil man sich über die Verteilung der Zulage zwischen Reich, Land und Gemeinden nicht einigen kann. Erklärte wurde Bilderbrände unsere Gemeindegemeinschaften über die Verteilung im besetzten Gebiet, der Zentner Kartoffeln sind 750—800 A. Die Preise für Bekleidungs- und Verbrauchsgüter sind enorm. Noch immer sind die Ansprüche der von Personen und Sachverständigen nicht befriedigt. Wie lange sollen die Leute noch warten? Dazu die politischen Gefahren. Ihnen gegenüber ist vor allem die Traue des rheinischen Arbeiters zu Deutschland Trost und Hoffnung.

Immer neue Große Anfragen, neue Begründungen, neue Gläubiger: die Not der Lehrer, die Ausbreitungen in Duisburg, die Vorgänge in Oberkassel. Aber darf man sich wundern? Ein Regierungsvertreter erklärt: 150.000 Mann stehen im Rheinland, die Belastung im Reichsbetrag nur 60.000 Mann.

Nachdem dann unser Genosse Reimann ein paar kräftige Worte über die trostlosen Zustände im Saargebiet gesprochen und nach rechts hinüber betont hatte, daß die Landwirte im Saargebiet freientwässerung verlangt — die Herren auf der Rechten blieben mühsam still —, nachdem dann noch ein Zentrumsmann sich über das schwach besetzte Haus beklagt hatte — was soll das Ausland davon halten? — verlegte sich das Haus auf Dienstag.

Gewerkschaftsbewegung.

Gegen entweichende Beschlüsse des sozialpolitischen Ausschusses beim norddeutschen Reichswirtschaftsrat.

Es vergeht fast keine Woche, wo nicht von verhängnisvollen Beschlüssen des sozialpolitischen Ausschusses berichtet wird, die sich gegen die wohlerworbenen Rechte der Arbeitnehmerschaft richten. Beschlüsse, die genährt durch Entschuldigungen der Industrie, des Handels, Gewerbes, des Handwerks, ja sogar die aktivsten Hausfrauenvereine setzen nicht, die alle nicht verstehen können, daß die Arbeitnehmer auch Menschen sind, sondern diese so gern als willfährige Pudel, Vorkünder und Sklavinnen „neulässig“ stampeln möchten. Eine solche entweichende Entschädigung fand seine Annahme anlässlich des 51. Schließlichen Gewerbetages in Griesau, über den, nach dem Bericht der „Schließlichen Zeitung“ Nr. 436 vom 28. September 1922 nach einem Vortrage über „Die Schließlichen Verhältnisse eine und jetzt“ der Syndikus der Breslauer Handwerkskammer Dr. Paschke referierte und folgenden Wortlaut hatte: „Der 51. Gewerbetag fordert von den bürgerlichen Parteien und dem Reichsverband des deutschen Handwerks, dafür einzutreten, daß die bisher bestehenden Rechte des Handwerks und seiner gesetzlichen Organisation in bezug auf das Lehrlingswesen unbedingt erhalten bleiben und namentlich alle Versuche, den Handwerkslehrling zum Arbeitnehmer zu hemmen, unter allen Umständen zurückgewiesen werden. Dem Lehrherrn und gesetzlichen Vertreter des Lehrlings allein kann das Lehrlingsrecht über den Lehrling übertragen werden. Das Lehrlingsverhältnis kann nie und nimmer, wenn man überhaupt existenzfähigen Wert auf eine richtige Meisterlehre legt, vom Standpunkt eines reinen Arbeitsverhältnisses betrachtet werden, sondern muß eine Ausbildung bieten. Eine tarifliche Regelung der Arbeits- und Entschädigungsbedingungen wäre gleichbedeutend mit der Vernichtung eines wichtigen Rechtswertes im Handwerk und müßte zum Zusammenbruch des Handwerks als eigener Berufsstand führen.“

Wirdig dieser Entschädigung folgte der Beschluß des sozialpolitischen Ausschusses, der in dem Arbeitszeitgesetz folgende Fassung erhalten soll:

„Arbeitszeit dürfen außerhalb der normalen Arbeitszeit täglich bis zu einer Stunde zur Vorbereitung und Aufzäumungsarbeiten verwendet werden.“

Was es bedeutet, „normale“ Arbeitszeit und eine Stunde länger? Im Weiteren werden die Arbeitnehmer hören, was unter normaler Arbeitszeit zu verstehen ist und was die weiteren Beschlüsse darüber sagen. In Nr. 433 des „Vorwärts“ heißt es von weiteren Beschlüssen:

- a) an den beiden Tagen vor den hohen Festtagen soll 10 Stunden gearbeitet werden;
- b) Lehrlinge sollen 9 Stunden pro Tag arbeiten;
- c) die Arbeitszeit in ununterbrochenen Betrieben soll 56 Stunden als Regel betragen.

In Nr. 494 des „Vorwärts“ heißt es, daß die organisierten Hausfrauen den Hausgeschäften (Hausangestellten) täglich eine neunstündige Ruhepause gewähren wollen, demnach pro Tag eine 15stündige Arbeitszeit beschließen würde. Außerdem ist die Kürzungsfrist des Arbeitsalters in Krankheitsfällen des Arbeitnehmers erheblich eingeschränkt. Ebenso haben die organisierten Hausfrauen ihren Willen dahin durchgesetzt, daß der Anspruch auf Urlaub statt 3 nur 2 Wochen betragen soll. Andererseits forderte die Regierungsvorlage, daß die Hausfrauenvereine zum Beschluß von Tarifverträgen herangezogen werden sollen, auch diese Vorlage wurde zu Fall gebracht.

Die Jugendabteilung des Deutschen Eisenbahner-Verbandes hat wohl ihr Augenmerk auf alles das, was die arbeitsrechtlichen Fragen der Jugendlichen und Lehrlinge berührt, verfolgt und zu der ihnen drohenden Gefahr Stellung genommen. In den letzten Versammlungen, an denen 90 Proz. aller Eisenbahnlehrlinge Breslauer teilnahmen, ist man heftig gegen die Verschlechterungen, die nicht nur ihnen, sondern der gesamten Arbeitnehmererschaft drohen, zu Felde gezogen und hat zu erkennen gegeben, daß man nicht gewillt ist, das Feld kampflos zu räumen. Sie sehen auch ein, daß es nicht die Aufgabe einer einzelnen Gewerkschaft sein kann, solche Forderungen, die im Entstehen begriffen sind, zu Fall zu bringen, sondern, daß alle Gewerkschaften, die Jugendlichen und Lehrlinge organisieren, mit in die Kampffront treten müssen. Andererseits stellen sie fest, daß die Aufgaben der Gewerkschaften nur erfüllt werden können, wenn zehlos alle nach der Organisation stehenden derselben zugeführt werden. Sie fordern daher alle die Leuten und Fernstehenden auf, mit gegen die Entrechtung zu kämpfen, um als Menschen unter Menschen leben zu können. Aus diesem Grunde faßten die verammelten Eisenbahnlehrlinge folgende Entschädigung ab, deren einstimmige Annahme dann erfolgte. Dieselbe soll durch den DGB, an die Arbeitervertreter im Reichstagg übermitteln werden.

Entschädigung.

Schärfer Protest erheben die Eisenbahnlehrlinge und Jugendlichen der Breslauer Eisenbahnervereine gegen den im

September 1922 im sozialpolitischen Ausschusse des Reichswirtschaftsrates gefaßten Beschluß betreffs Ausdehnung der täglichen Arbeitszeit von acht auf neun Stunden. Die Eisenbahnerjugend erblickt in diesen Maßnahmen eine Durchbrechung des Achtstundentages, die nicht nur für die Lehrlinge der Reichsbahnen, sondern auch der gesamten Privatindustrie und allen Arbeitnehmern eine große Gefahr bedeuten. Die Eisenbahnerjugend fordert daher alle Hand- und Kopiarbeiter sowie Eltern und Pfleger von Jugendlichen und Lehrlingen auf, aufs schärfste gegen die Maßnahmen zu protestieren. Das wirksamste Mittel, um diese entweichende Maßnahme zu bekämpfen, erblickt die Eisenbahnerjugend in dem Zusammenschluß aller Lehrlinge und Jugendlichen in den ihnen aufstehenden freigewerkschaftlichen Organisationen. Nur durch die Solidarität zwischen Jung und Alt können im gemeinsamen Kampfe die Gegner der modernen Arbeiterbewegung bezwungen und unsere Rechte gewahrt werden. Für die Eisenbahnerjugend darf nur der DGB ausschlaggebend sein. Einigkeit macht stark, dieses gilt für die gesamte werktätige Jugend.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Steuerflucht eines Agrariers.

Der Rittergutsbesitzer Wilhelm Dlugos hatte bei Goldschmieden ein Gut für 30.000 Mark gekauft, dieses aber bald für 1 Million Mark weiterverkauft. Aus dem Erlöse hatte er auch noch eine ansehnliche Summe herausgewaschen und nun wandte er sich mit seinem Besitze nach Italien. Hier, im Auslande, nahm er keinen Wohnsitz und die deutsche Steuerbehörde konnte ihm nun nichts anhaben. Im Prelltag wurde gegen ihn in keiner Anwesenheit wegen Vergehen des Steuerfluchtverfahrens vor der Breslauer Strafkammer verhandelt. Das Gericht sagt, daß jeder, der Vermögen besitzt, und ins Ausland geht, dies der Steuerbehörde mitteilen und 20 vom Hundert seines Vermögens beim Zinzangamt hinterlegen muß.

Das Gericht erkannte auf sechs Monate Gefängnis, 50.000 Mark Geldstrafe oder für je 15 Tage einen Tag Gefängnis. Diese in Gefängnis ungenutzte Geldstrafe darf aber ein Jahr nicht übersteigen. Auch wurde auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf Dauer von drei Jahren erkannt. Die Mindeststrafe für dieses Vergehen sind drei Monate Gefängnis. Der Agrarier im Auslande wird sich freilich nur wenig um das Urteil kümmern.

Aus Schließen.

Aufbau der Verwaltung in Gemeinde, Kreis, Provinz und Staat.

Von G. Sromig, Amts- und Gemeindevorsteher, Kleinsdorf. Durch die Befähigung des Dreifachwahlrechts und des Vorrangs der Hausbesitzer ist es geschehen, daß in alle geographische und in allen Verwaltungskategorien Vertreter der werktätigen Bevölkerung, des sogenannten vierten Standes, eingesetzt sind. Für viele der Neugewählten war es ein neues, unerschlossenes Gebiet und sie sahen sich Aufgaben gegenüber, die ihnen völlig fremd waren. Wenn auch der christliche Wille half, Schwierigkeiten zu überwinden, um für die Bevölkerung etwas Gutes zu schaffen, kulturelle und soziale Aufgaben zu lösen, so mangelte es doch oftmals an der notwendigen Erfahrung.

Nicht gelang es manchem, im verhältnismäßig schnell einzuarbeiten, ein Gefühl, daß in der Arbeiterklasse Kräfte zusammenzuwerfen, die nur gewacht werden müßten. Wenn es nicht überall ohne Reibung gelang, so tragen daran die alten regierenden Klassen die Schuld, denn in der Volksschule lernte man uns weder Staatslehre, Bürgerkunde, noch Verwaltungsrechte, sondern war eifrig bemüht, uns neben etwas Rechnen, Lesen und Schreiben, den Hohenzollernschwindel einzusäufen.

Nun aber ist die Arbeiterklasse gleichberechtigt geworden. In vielen Gemeinden sind unsere Vertreter ausgleichend oder gar in der Mehrheit und da müssen wir nun alles, was früher uns nicht interessierte, in den Bereich unserer Tätigkeit ziehen. Hier bewahrt sich vollständig der Satz: „Wissen ist Macht!“ Die nachstehenden Zeilen sollen unseren Parteifreunden in Stadt und Land eine kleine Hilfe sein.

Wenn ich die preussischen Verhältnisse schildere, so nur die der östlichen Provinzen, also Ostpreußen, Pommern, Brandenburg, Sachsen, Niederschlesien, Oberschlesien und der aus den Resten von Posen und Westpreußen neu gebildeten Provinz, „die Grenzmark“. Denn die Stadt Berlin bildet wohl eine Provinz, hat aber besondere Verwaltung für sich, während in Schleswig-Holstein, Hannover, Hessen-Nassau, Westfalen und Rheinland die Verhältnisse anders liegen, von Hohenzollern ganz zu schweigen.

Der preussische Staat besteht nach dem Stande vom 1.8.1921 aus den 13 vorgenannten Provinzen, sowie dem Lande Hohenzollern-Sigmaringen, welches einen Regierungsbezirk bildet und gliedert sich in 1198 Städte, 108 Stadtkreise, 430 Landkreise, 6896 Amtsbereiche, 5022 Landgemeinden, 12257 Gutsbezirke und 10537 Standesämter.

Der Staat ist insgesamt 20.775.193 Hektar groß und zählt am 8.10.1919 37.075.240 Einwohner.

Sein Fundament ist die Selbstverwaltung der Gemeinden bzw. Gemeindevorstände. Doch übt die Staatsverwaltung eine weitgehende Aufsicht und Besorgung aus, während der übrige Teil ganz vom Staate beherrscht und verwaltet wird.

Nachstehende Aufzeichnung soll dem Leser das Verständnis meiner folgenden Ausführungen erleichtern.

1. Aufbau der Kommunalverwaltung.

	Organe:		Organe:
	Landeshauptmann,		Bürgermeister,
	Provinzialausschuß,		Magistrat,
	Provinziallandtag.		Stadtvorordneten-
			versammlung.
Landkreis	Organe:	Kreisfreie	Organe:
	Landrat,	Stadt	Bürgermeister,
	Kreisaußschuß,		Magistrat,
	Kreisstag.		Stadtvorordneten-
			versammlung.
Kreisstadt	Organe:	Land-	Organe:
	Bürgermeister,	gemeinde	Gemeinde-
	Magistrat,		vorsteher,
	Stadtvorordneten-		Gemeinde-
	versammlung.		vertretung.

Organe:

Gutsbezirk, Gutsvorsteher. Jungen wir bei dem kleinsten Staatsbürger, der Gemeinde an, von denen es drei Arten gibt,

1. die Stadtgemeinde:
 - a) Kreisfrei oder Stadtkreis;
 - b) Kreisstadt unter 2500 Einwohnern;
 2. die Landgemeinde;
 3. der Gutsbezirk.
- Bei den Städten unterscheidet sich die Kreisfreie von der Kreisstadt insofern, daß letztere dem Landrat, bzw. Kreisaußschuß, erstere dem Regierungspräsidenten beim Kreisaußschuß in der Staatsaufsicht unterstellt sind. Sonst aber sind für beide alle Rechte und Pflichten einheitlich in der Städteordnung vom 30. 5. 1853 geregelt.

Die Städte haben die Rechte einer öffentlichen Körperschaft. Sie haben die Selbstverwaltung nach Maßgabe der Gesetze zu. Sie können also alle Aufgaben, soweit sie irgend möglich, in den Dienst der Stadt nehmen, können Ortsstatute erlassen, die, sobald sie von der Landesregierung genehmigt sind, Gesetzeskraft erlangen haben. An der Spitze steht der Bürgermeister, der entweder auf 12 Jahre oder lebenslanglich von der Stadtvorordnetenversammlung gewählt ist; sein Vertreter ist der Kreisvorsteher oder ein 2. Bürgermeister.

Herrenstr. 7
Taubentzenstr. 2

Tuch- Lager CARL Korte

Herrenstr. 7
Taubentzenstr. 2

Herrenstoffe! Damen-Kostüm- u. Mantelstoffe, feinste blaue u. schwarze Tuche, Kamugarn und Cheviots, Honespune, Covercoat, Marengo, Wetterloden, Manchester

Cafés :: Restaurants

Besuchen Sie
Stromenger's Diele
Einzig in ihrer Art
Kaiser-Wilhelm-Straße, Ecke Sadowastraße

Wein- u. Likörstube „Zur Klaus“ Schmiedestraße 31/32
Täglich von 7 Uhr abends Künstler-Konzert

Brauerei Grenzhaus
Nikolaistraße 53
Gute bürgerliche Küche — Gepflegte Biere

Lebensmittel

Heptner & Urner vorm. Gebr. Heckner
Delikatessen, Kolonialwaren
Oblauer Straße 34

Carl Jos. Kessler
Oblauer Straße 19
Käse, Butter, Eier (en gros — en detail)
Telefon: Ring 1000

Gebr. Scholz
Delikatessen — Kolonialwaren — Spirituosen
Klosterstraße 53, am Mauritiusplatz

Schneider's
Delikatessen-
Wurstchen
Schinken
Wurstfabrik
August Schneider, Breslau
Westendstraße 68
Telefon: Ring 2315

Paul Köhler, Lehmdamm 33/35
Kolonialwaren Delikatessen Weine Tabake

Ernst Sowa
Neue Schweidnitzer Straße 4
Schokoladen · Konfitüren · Kekse

Bau : Möbel : Hausbedarf

Michael Kaliski
Baugeschäft und Holzbearbeitungsfabrik
Viktoriastraße 104 b · Telefon Ring 2505 u. 2123

Schultz & Strehl
Möbel und Raumkunst Neue Gruppenstraße 2

J. Glier, Möbelfabrik
Breslau 8, Klosterstraße 98/100
Bautischlerei — Innenarchitektur

Gediegene Möbel
S. Brandt & Co.
Gartenstraße 65

Schreibmaschinen, Typen-Flachdrucker, Bechen-
maschinen Büromaschinen erstklassigster Systeme
Ostdeutscher Büromaschinen-Vertrieb
Breslau 8, Vorwerkstraße 24

Friedrich Geßner Weiden-
straße 30
Musikinstrumente-Fabrikation

Drucksachen aller Art
für Geschäfts-
und Privatbedarf

Volksrecht-Buchdruckerei
Breslau 2, Fierzstraße 4/6

Geschäftliche Rundschau mit Dauerfahrplan

Musterschutz E Ohne Gewähr
Trikotagen, Wäsche, Strumpfwaren, Kinderkleider
Röcke, Blusen

Kaufhaus Nothenberg
Augustastraße 132 — Grabschener Straße 86 — Scheitniger Straße 19
Überbringer dieser Anzeige erhält 2% Rabatt

Albert Wagner Damen- und Mädchenbekleidung
Friedrich-Wilhelm-Straße 28/28 Blusen- und Kleiderstoffe
Bett-, Tisch- und Leibwäsche

Automobile Willy Klette Matthiasstraße 42/44
Telephon Ring 7986
Ständiges Lager fahrtüchtiger Personen- und Lastkraftwagen

Wilhelm Nitschke, Möbel-Fabrik
BRESLAU IX · Telephon Ring 910 · Adalbertstraße 4/6
Große Auswahl moderner Wohnungseinrichtungen
Gediegene Arbeit · Eigene Fabrik · Solide Preise

Ankunft der Züge Breslau-Hbf.
E = Eilzug. W = Werktags. S = Sonntags.

Richtung Glogau	Richtung Oels
Bahnsteig 4	Bahnsteig 1
Glogau 7 ³⁰	Oels 5 ²⁰ 7 ¹⁷
Cüstrin 1 ²⁵	Freyhan 8 ⁴⁷ 12 ⁰⁷ 11 ⁵⁰
Stetin 5 ²¹ 8 ⁵⁰ 12 ⁰⁵	Lublinitz 10 ¹⁰ 2 ²⁴ 6 ⁰⁰ 13 ⁰⁰
Richtung Obernigk	Rosenberg 8 ¹⁰ 8 ²⁵
Bahnsteig 1	
Obernigk 5 ⁴⁵ W 9 ¹⁰ S	
Trachenberg 5 ⁵⁵ W 7 ²⁷ 1 ⁴⁵	
Korsenz 7 ²⁷ W 10 ²⁴ 7 ³⁰ 10 ²²	

C. A. Reinelt Schürzen, Strümpfe
Klosterstraße 9 Herrenartikel

Christ's Keks Alleiniger Hersteller
eale Güte and köstlicher Geschmack
Deshalb überall zu haben. Finger-Schutzmarke
Christ-Werke
G. m. b. H.
Breslau 23
Fernsprech-Anschluss Ring 3529, 3530 und 4526

Schlesische Tuch- u. Webwaren-Manufaktur

Fram Schmelz-Schokolade
Erhältlich in allen besseren Geschäften der Lebensmittelbranche

Das Lebensmittelhaus
Otto Stiehler, Breslau, Zwingerplatz 5 und Filialen
ist wegen seiner mäßigen Preise und guten Qualitäten seiner Lebensmittel in Breslau und ganz Schlesien bekannt. Über Auswahl der Waren unterrichtet Sie unsere Preisliste, die Jedermann kostenlos auf Wunsch erhält. Versand nach außerhalb wird schnellstens vom Hauptgeschäft, Zwingerplatz 5, erledigt.

Sinalco-Heißtrank seit Jahren erprobt und von Millionen anerkannt als ein vorzügliches, preiswertes, alkoholfreies Warmgetränk
Auf Name und Etikett ist besonders zu achten.

Reinh. Monski, Breslau 10 Matthiasstr. Nr. 67/71
Tel. Ring 12 334 **Leinwand-Fabrik — Raschenverkauf, Hof rechts.**

Robert Prinz Baubüro für elektrische Licht- und Kraftanlagen für Stadt und Land
Breslau, Reuschestraße 47/48 Tel.: R. 2955
Beleuchtungskörper für Gas und elektrisches Licht
Motore und Motor-Reparaturen • Osramlampen und Installationsmaterial

Trinkt Elekta alkoholfrei **Speck & Säring**

Bekleidung

Thomas & Ferner
Spezialgeschäft für Damenkleiderstoffe
Kostüm-, Mantel-, Seidenstoffe
Herrenstoffe · Waschstoffe

Herren-Bekleidungshaus
Hermann Pariszke
Nikolaistraße 48
Lager fertiger Anzüge
Raglans · Ulster · gestreifte Hosens
Elegante Maßenfertigung
Solide Preise

N. Raphael
Ohlauer Straße 67
Anfertigung
feiner Herren-Garderobe nach Maß

Hans Becke, Theaterstraße 2
Preiswerte Pelzwaren

Sporthaus A. Riedel Sport-Artikel
Breslau Sport-Bekleidung
Scheitniger Straße 51

EMU
SCHIRME
U. STOCKE
Breslau
Scheidniger Straße 51

Damenkonfektion
Mäntel, Kostüme
Kleider, Röcke, Blusen
Friedrich Gronau
Klosterstraße 31
Guter Dauerkundschaft wird
Zahlungserleichterung gewährt

Schlesische Handwerker-Gebirgs-Leinen
Niederlage „Volks-Wohl“
bietet in den bekantesten guten Qualitäten vom
Besten das Billigste!
Hugo Klose, Paulstr. 23

W. Kelling
Färberei und chem. Waschanstalt
Reinigen und Färben von
Winterkleidung
Filialen in allen Stadtteilen

Wohlfahrt
BRESLAU 1
Scheidniger Str. 1 u. 2

Schuh-Quelle
Inh.: Fritz Nathan
Breslau, Reuschestraße, Ecke Königsplatz
Großes Lager in Schuhwaren für Herren, Damen und
Kinder in einfachster bis zur elegantesten Ausführung

Jos. Gruschka
Neue Taschenstraße 6
Erstklassige Schuhwaren
In Qualitäten für Damen,
Herren und Kinder ::

F. Kretschmer
Gartenstr. 67 (gegenüber v. Hotel Vier Jahreszeiten)
Baby-Ausstattungen und Kinder-Bekleidung
Tuchhaus Eugen Hamburger
Fierzstraße 31
Spezialität: Herrenstoffe, Kostümstoffe

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 24. Oktober.

Bereinigter Sozialdemokratischer Partei.

Parteifunktionäre!

Freitag, den 27. Oktober, abends 7 1/2 Uhr:

Verammlung

Jämlicher Parteifunktionäre. Lokal wird noch bekanntgegeben. Tagesordnung: Die katastrophale Geldentwertung, die Aufgabe und die Finanzierung der Partei.

Zu der Funktionär-Verammlung gehören: Der Vorstand, die Abteilungsleiter, Distriktsführer, Frauenleiterinnen, Bezirkskassierer, Betriebsvertrauensleute, Mitglieder der Pressekommission und des Bildungs-Ausschusses, die Stadtverordneten und die in Breslau wohnenden Abgeordneten für Provinz, Staat und Reich. Zutritt nur gegen Vorzeigung des Partei-Mitgliedsbuches der SPD. oder USPD. und des Ausweises. Es darf kein Funktionär fehlen!

Plakate zur Wegscheider-Verammlung am Donnerstag sind noch in beschränkter Zahl im Partei-Sekretariat sofort abzuholen.

Zur Ausführung des Reichsmietengesetzes.

Die Ausführungsordnung des Magistrats Breslau zum Reichsmietengesetz hat zu den verschiedensten Missfragen besonders in Bezug auf die laufenden Instandsetzungsarbeiten und die Betriebskosten Anlaß gegeben. Es ist daher folgendes zu beachten:

Am 20. des Monats ist klar zum Ausdruck gebracht, daß in dem Augenblick, wo an Stelle des früher vereinbarten Mietzinses die gesetzliche Miete tritt, die Verpflichtung zur Instandhaltung des Mietraumes sich nach wie vor nach den Vorschriften des BGB. richtet. Da nun der § 536 des BGB. folgenden Wortlaut hat:

Der Vermieter hat die vermietete Sache dem Mieter in einem zu dem vertragsmäßigen Gebrauche geeigneten Zustande zu überlassen, und sie während der Mietzeit in diesem Zustande zu erhalten. Er erscheint es zweckmäßig, sich vor Auslieferung der sogenannten Inventuren der Wohnungen erst darüber schlüssig zu werden, inwieweit die Tauglichkeit der Wohnung aufgehoben oder gemindert ist. Oberster Grundsatz aller Mieter muß es sein, in keinem Falle vor Auslieferung der vermieteten Instandsetzungen irgendwelche Mängel innerhalb der Wohnung abzuwecken, um schließlich durch Anrufung der Schlichter zu erreichen, daß auch für das Tapezieren oder Anstreichen oder Malen der Wände und Decken usw. ein festes Hundertstel erhoben, und dem Vermieter in zweifelsfreier Weise die Instandhaltung des gesamten Grundstücks auferlegt wird. Nach dem jetzt geltenden Vorschriften dürfte es breiten Volksschichten auf Jahre hinaus nicht vergönnt sein, eine irgendwie einmüßige einwandfreie Wohnung zu besitzen, da diese einfach die Kosten zur Erneuerung nicht aufbringen können. Unstreitig jedoch ist es, daß sämtliche Reparaturen an Stuben- und Küchenfenstern (ausgenommen die vollständige Umklebung der Fensterrahmen, desgleichen an der Wasserleitung vom Vermieter und zwar auf eigene Rechnung auszuführen sind. Selbst dort, wo im Mietvertrage früher etwas Gegenteiliges vereinbart gewesen ist, der Mieterverpflichtung erweist sich aber daraus die Pflicht, streng darüber zu wachen, daß in jedem Fall nur immer die notwendigsten Arbeiten ausgeführt werden, damit die Kosten der Instandsetzungsarbeiten den zurzeit auf 100 Prozent festgesetzten Zuschlag für 2 Kalenderjahre nicht übersteigen, da sonst die betreffenden Reparaturen unter die großen Instandsetzungsarbeiten fallen, und somit wieder im Umlageverhältnis von der Gesamtmieterschaft bis zur Höhe von 150 Prozent der Grundmiete beizutragen werden können.

In allen Streitfragen wende man sich umgehend an das Arbeiter-Sekretariat der freien Gewerkschaften, Fargaretenstr. 17, Zimmer 32. Dorselst werden auch Schriftsätze aller Art für Organisierte kostenlos angefertigt. Da in den nächsten Tagen in allen Stadtteilen Mietervertreterversammlungen stattfinden, wolle man genau auf den Versammlungsanzeiger achten. Das Sekretariat ist daher vorerst wiederum nur bis 6 Uhr abends geöffnet.

Die Erziehung der Schutzpolizei zur Republik.

Aus Polizeireihen wird uns geschrieben: Am 8. Juli dieses Jahres wurden einige Republikaner in einem Lokal im Innern der Stadt von mehreren Selbstschützern in der übelsten Weise angegriffen, weil sie diese wegen Beschimpfung der Republik und der Regierung zur Rede stellen. Auf die Kingswache gebracht, erklärte der dort wachhabende Oberwachmeister von Angehenden, die damals bereits in Kraft befindliche Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze der Republik habe noch keine Gesetzeskraft und läßt mit dieser Begründung die Beschuldigten, die sich in schwerer Weise gegen die Verordnung vergangen hatten, ungerufen laufen. Im Verlauf der auf die Beschwerde eines Beteiligten eröffneten Untersuchung stellt es sich heraus, daß die Beamten der Schutzpolizei, man lese und staune, erst am 26. Juli über die Reichspräsidenten-Verordnung zum Schutze der Republik, also über einen Monat nach ihrem Inkrafttreten, unterrichtet worden sind. Also, einen vollen Monat hat man gebraucht, um zu beschließen, daß diese wichtige Verordnung der Beamtengruppe, die in erster Linie zur Durchführung der Geleise berufen ist, mitgeteilt wird. Und was das Schlimme an der Sache ist: an diesem Tage war die Verordnung bereits wieder außer Kraft gesetzt, da sie inzwischen durch das Gesetz ersetzt worden war!

In einem weiteren Falle ähnlicher Art, der zu unserer Kenntnis kommt und bei dem der Betroffene von einer Beschwerde an den Polizeipräsidenten Abstand nimmt, scheint es, als ob die Schutzpolizei am 27. September 1922 noch nicht über das Gesetz zum Schutze der Republik unterrichtet war! Zur Belehrung über die Verordnung wurde nach einer Frist von einem, über das Gesetz nach mehr als 2 Monaten geschritten. Der Polizeipräsident läßt sich, sich um Inhalt und Art des Unterzeichners in der Breslauer Sappo regelmäßig zu kümmern, um solche verlässlichen Vorfälle zu vermeiden. Es geht nun einmal nicht an, diesen hochwichtigen Teil der ständigen Ausbildung der Polizeibeamtenschaft allein den Offizieren zu überlassen, die zum erheblichen Teil eine Mischung von Böswilligkeit und politischer Notwendigkeit zu dieser Aufgabe unfähig macht. Und in Herrn Polizeipräsidenten de la Roi sehen wir, wie diese Fälle wieder beweisen, mit Recht nicht einen Mann, von dem eine heilsame Wirkung auf diesem Gebiete ausgehen könnte.

Eugen Wolfsdorfs letzter Weg.

Ein langer Trauerzug von Kindern und Erwachsenen bewegte sich gestern nachmittags von der freireligiösen Gemeindehalle an der Grünstraße nach dem Friedhof an der Bunzlauer Straße. Draußen waren Straße und Friedhof von Menschen dicht besetzt. Neben der Ruhestätte von Johannes Ronge, dem Gründer der christlichen, heutigen freien Religionsgemeinde befand sich das offene Grab, besungen von der sinkenden Sonne, in das nun die herrlichen Reste des Entschlafenen verbracht wurden, während feierlicher Gesang des Vereins „Bildungsring“ erteilte. Rediger Puschmann aus Gottesberg hielt die Trauerrede, worauf der Gemeindevorstand Heinrich dem Verstorbenen

Worte des Dankes nachrief. Von der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei sprach Genosse Pietsch dem Toten Dank und Anerkennung aus. Nach althebraischem Brauch bedeckten drei Hände Sand, von so vielen geworfen, bald den Sarg des Mannes, dessen Gedächtnis in der Breslauer Gemeinde wie im deutschen Freidenkertum lange fortleben wird.

Werdet Samariter!

Dieser Ruf der Arbeiter-Samariter-Kolonie Breslau an die gesamte werktätige Bevölkerung darf nicht ungehört verhallen, sondern muß ein kräftiges Echo erwecken. Leider stehen die großen Massen der Arbeiterschaft immer noch unteren Bestrebungen gleichgültig gegenüber. Denn sonst dürfte es nicht vorkommen, daß der in der Erdwärmehule in Aussicht genommene Kurkurs nur sehr gering beiegt ist.

So beschämend diese Feststellung ist, so haben wir doch noch die große Hoffnung, daß endlich diese Apathie abgelegt wird und alle diejenigen recht zahlreich zu uns kommen, die den ersten Willen haben, mitzuarbeiten an den segensreichen Zielen und Bestrebungen der Arbeiter-Samariter.

Deshalb ergeht an alle Männer und Frauen, Junglinge und Mädchen der Kur: Kündet Euch alle am Donnerstag, den 26. Oktober, abends 8 Uhr, in der Volkshule, Erdwärmehule, ein, dort werdet Ihr alles näher über unseren fruchtbar geleiteten Kurkurs erfahren und Ausschluß über die Tätigkeit der Arbeiter-Samariter erhalten! Die Kurkosten: 3. 00. Eintritt frei.

Gerhart Hauptmann-Abend des Jugendartels.

Die im Jugendkariell zusammengelagerte männliche und weibliche Jugend füllte am Montag abend den kleinen Saal des Gewerkschaftshauses bis zum letzten Platz um den Dichter Gerhart Hauptmann in würdiger Weise zu feiern. Einige Jugendgenossen, die Klavier und Geige vorzüglich beherrschten, eröffneten den Abend, der Jugendchor sang ein Lied, dem ein Vortrag von Genossen Hans Gathmann über „Gerhart Hauptmann und sein Verhältnis zur Arbeiterschaft“ folgte. Der Redner betonte, daß Gerhart Hauptmann auch heute noch nicht so in der Seele der Arbeiter lebt, wie er es nach seinem Schaffen verdienen, und gab eine ausführliche Schilderung des Werdeganges Gerhart Hauptmanns und des durch ihn zum Siege geführten naturalistischen Dramas unter besonderer Darstellung von „Vor Sonnenaufgang“ und der „Weber“. Nach dem Vortrag folgten Rezitationen aus Gerhart Hauptmanns Werken, Gerhards Wolf sang ein Lied und den himmelsschönen Abend beschloßen Musikstücke und Chorgesänge.

Zur Ausstellung kam ein schönes Bildnis Gerhart Hauptmanns von Karl Bauer.

Für Inhaber von Versorgungsscheinen.

Der Reichsbund der Kriegesbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerverwundeten schreibt uns:

Das Landesamt für den Kurkurs hat am Hauptbahnhof Nr. 4, welchem die Versorgungsstelle für die Inhaber der Versorgungsscheine (Ermäßigten der Kriegesbeschädigten, der Reichswehr- und Schutzpolizei-Angehörigen) angegliedert ist, hat in Würdigung des Umfanges und der Wichtigkeit dieser Frage eine Kommission ernannt, welche von allen Beteiligten nur begnügt werden kann.

Um den Inhabern von Versorgungsscheinen zur Verwendung dieses ihnen vom Reich ausgetheilten Dokumentes zu verhelfen, soll in einer Reihe von Vorträgen, die von Vertretern der verschiedensten Behörden des Reiches, der Kommunen, der Provinz und der Reichsland gehalten werden sollen, der Nachweis geführt werden, wie die einzutreffende Verwendung zweckentsprechend zu erfolgen hat, welche Forderungen erforderlich sind, welche Verdienstaufschübe und Aufzugsmöglichkeiten gegeben sind und wo in der Tat in absehbarer Zeit Aussicht auf Anstellung besteht.

Der erste dieser Vorträge findet Mittwoch, den 25. Oktober, nachmittags 5 Uhr, in der Aula des Zwinger-Gymnasiums am Zwingerplatz statt, zu dem der Zutritt aber nur erfolgt, wenn der Versorgungsschein selber oder der den Kriegesbeschädigten von den Versorgungsämtern ausgestellte vorläufige Ausweis zur Vorlage gelangt.

Um das Krematorium.

Im Verein „Blanne“ für Feuerbestattung wurde mitgeteilt, daß sich das von den Stadtverordneten beschlossene Bauprojekt für ein Krematorium zurzeit aus Geldmangel nicht ausführen läßt. Man will jetzt auf das billigere Projekt zurückgreifen, ein Krematorium an die Gierth'sche Kapelle des Gräbiger Friedhofes anzubauen. Die Friedhofsdeputation soll sich demnächst mit der Frage beschäftigen.

Wir können uns für dieses Projekt wohl auch in Zukunft nicht erwärmen. Es kommt in Breslau wohl kaum darauf an, daß wir unter allen Umständen bald zu einem Krematorium kommen, so mühsamem es uns eine solche Einrichtung wäre. Bei dem bisherigen Projekt handelte es sich darum, einer neu zu erbauenden Friedhofskapelle ein Krematorium beizufügen. Dieser Vorhaben ist auf die Dauer nicht zu vermeiden und bei dieser Gelegenheit kann ein Krematorium sachgemäß ausgeführt werden. Der Anbau an die Kapelle des alten Friedhofes käme teuer und bliebe Stückwerk. Man soll dann lieber warten, bis es wirklich zum Bau der Kapelle auf dem neuen Friedhof kommt. Der Anbau an die Gierth'sche Kapelle wäre durch seine Unzulänglichkeit ein Vergrößerung der Kapelle. Letztendlich zählt die Feuerbestattung auch sehr wohlhabende Bürger zu ihren Anhängern. Vielleicht könnte private Hilfe zur Lösung dieser Kulturfrage etwas beitragen.

Aus der Holzindustrie.

Der Verein ostböhmischer Holzhändler und Sägewerksbesitzer hielt eine Mittheilungsverammlung im Konzertsaal ab, an der auch die Vertreter der Reichs- und Staatsregierung teilnahmen, so unter anderem der Vertreter des Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, Landesforstmeister Gerleitz, vom Ministerium für Reichsernährung und Volkswirtschaft Oberforstmeister Schütz, Vertreter der Aufsehensstelle usw. Weniger gern gesehene Gäste waren die Vertreter der Reichseisenbahn und des Landesfinanzamts.

Der Syndikus des Vereins konnte im Geldratsbericht mitteilen, daß durch die große Geldentwertung die Holzindustrie für das kommende Geschäftsjahr schätzungsweise einen Kapitalbedarf von 1/2 Billion Papiermark benötigte. Viel wurde alsdann geredet über die hohen Arbeiterlöhne, über die verkehrte Lohnpolitik der Gewerkschaften, wodurch die Beschäftigten der Arbeiter nur geschürt wurde. Auch die Reichseisenbahn und die Post sei durch Löhne und Gehälter zu stark belastet und alle Laizen pade man auf die Schultern der Industrie und des Handels, die immer armer würden, da ihr Betriebskapital allmählich verwickelt wird. Die deutschen Schnittholzkreise haben die Weltmarktpreise längst überholt und daran haben wiederum die hohen Arbeiterlöhne die Schuld. Köstlich muß sei auch die Steuerpolitik der Regierung.

Der Vertreter der Eisenbahn versuchte die Angriffe gegen die Arbeiter zu entkräften und wies darauf hin, daß die Löhne um das 20fache gestiegen seien, die Eisenbahnmateriale um das 400fache und das Holz um das 600fache. Auch der Vertreter des Finanzamtes wies auf das Entgegenkommen hin, das gerade das Holzgewerbe bei der Regierung genießt. Sind doch die Holzhändler in diesem Gewerbe steuerfrei, wodurch dem Reich jährlich 30 Millionen Mark Umsatzerlöse entzogen werden. Schließlich verlangte die Verammlung in einer Entschiedenheit die Aufnahme eines Vertreters der Holz- und Sägewerks-Industrie in den Reichswirtschaftsrat.

„Wilhelm der Ausreißer“ wirkt für die Sozialdemokratie.

War dieser Anglisten für das deutsche Volk schon bevor er noch den Staub Deutschlands von den Füßen geschüttelt hatte ständig ein guter Mitläufer für den republikanischen Gedanken und die Sozialdemokratische Partei, so wirkt er jetzt desto emsiger weiter.

Ganz besonders sind seine Erinnerungen dazu ansetzt, vielen den Weg in die Partei der „vaterlandstollen Geleiten“ zu zeigen. Eine ganze Reihe von Eintrittsen in der letzten Zeit wurde damit begründet. So erhielt das Parteisekretariat auch dieser Tage wieder nachstehendes Schreiben:

„Hierdurch erkläre ich meinen Beitritt zur S. D. und bitte, mir das Mitgliedsbuch usw. unter Postnachnahme baldmöglichst zuzusenden. Obwohl ich seit Kriegsende bei allen Wahlen der Sozialdemokratie meine Stimme gegeben habe (desgleichen auch meine Frau), unterließ ich es bisher, offiziell Mitglied zu werden. Allen Bedenken aber, die ich gegen eine offene Mitgliedschaft manchmal noch hatte, haben die jetzt veröffentlichten Lebenserinnerungen Wilhelms II., die ich fortwährendes Lobgedicht seiner eigenen Version sind und den Tatsachen widerstreben, vollständig den Rest gegeben und jeden Zweifel vollends beseitigt, welcher Partei ich anzuschließen habe.“ Also haben diese Erinnerungen doch wenigstens einen positiven Wert.

* Antiklerikalischer Bericht. Wegen der Nähe der östlichen und südlichen Depression bleibt das Wetter am Dienstag noch unklar und neigt zu Regen oder Schnee, der Wind bleibt veränderlich, die Temperatur ändert sich wenig.

* Die neuen Kartoffelpreise. Die Kartoffelmarktungskommission für Nieder- und Ostpreußen hat in ihrer Sitzung am Montag den Erzeugerpreis für weiße und rote Kartoffeln auf 4 20 bis 4 50 Mark festgesetzt. Für gelbe Kartoffeln kein Preis notiert.

* Zur Kadachung für alle Landwirte! Nittergutsbesitzer Dr. Paul Schottländer-Gartlieb hat 1000 Berliner Kartoffeln zur Verteilung unter die Breslauer Erwerbslosen zur Verfügung gestellt.

* In den Beiträgen der Breslauer Volkshilfe, der gemäß der Satzung vom Vorstand „bei allen Entscheidungen über Preise und Spielplan vor der Beschlußfassung gehört werden“ muß, sind eingetreten: Krankenkassenvorsteher Bergmann, Stadtrat Cohn, Stadtrat Friedel, Direktor Dr. Gaudemann, Eisenbahninspektor Tschöpe, Rechtsanwalt Dr. A. Henmann, Stadtnotar Dr. Herrmann, landwirtschaftlicher Sachverständiger Ludwig Jagemann, Aufsichtsratsmitglied Kratz, Walter Ludwig, Dr. Alfred Mann, Frau Klara Wagle, Frau Rosa Pichler, Kaufmann Otto Rosenbaum, Eisenbahninspektor Tschöpe, Rechtsanwalt Dr. A. Weisstein, Prof. Dr. Winkler, Stadtverordneter Wierzig, Professor Dr. A. Ziegler.

Für die 3. Theatergemeinde der Breslauer Volkshilfe, die reine Opernabteilung, hat sich ein derart starkes Interesse gezeigt, daß die Anmeldungen dazu schon wenige Tage nach der Ankündigung geschlossen werden mußten. Es werden in der Geschäftsstelle, Volkshilfsgesellschaft, Oberriedstraße, jetzt bis zum 28. d. Mts., nur noch Anmeldungen für die 3. Theatergemeinde entgegengenommen, die 7 Schaus- und Lustspiel-Aufführungen im Kaiser-Theater und 2 Opern-Vorstellungen im Stadttheater umfaßt.

* Vor der Arbeitslosenstelle, Radlerstraße, finden täglich große Ansammlungen statt, weil dort eine kleine Menge Reichsscheine für die minderbemittelte Bevölkerung verkauft werden. Die zur Verfügung stehenden Scheine bald zu Ende, und es ist unmöglich, den gestellten Anforderungen zu genügen. Was da ist, wird nach Prüfung der Ausweise an Bedürftige gegen Zeugnisscheine abgegeben. Abenteuerliche Gerüchte, daß der Stelle größere Mengen von Scheinen zur Verfügung seien, sind erfunden. Damit sich keiner unnötige Zeit verläumt, wird dringend erlucht, von weiteren Ansammlungen abzusehen.

Eingefandt.

Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir diejenigen Zuschriften aus unserem Leserkreis, für die wir nur die prozedurale Verantwortung übernehmen.

Der Christ und sein Arbeitskollege.

Ein trauriger Vorfall ereignete sich in der Werkstatt der städtischen Rohrwerke am Leisingplatz, der wieder einmal verdient, der Öffentlichkeit vor Augen geführt zu werden. Am 7. Oktober, mittags, arbeitete ich als Schweiß-Beintragsbeschädigter schon 6 1/2 Stunden am Schraubstock beim Gewindeschneiden, was doch für mich eine Leistung ist. Da ich es nicht mehr auf mein krankes Bein aushalten konnte, setzte ich mich auf einen Schemel und schnitt weiter Gewinde. Um 1.15 Uhr kam der Arbeitskollege G. und forderte mich auf, vom Schemel aufzustehen, mit der Auforderung: „Beim Arbeiten wird nicht gefressen! Wie sieht das aus, wenn ein Vorgekehrter kommt!“ Ich frage den Herrn G., an wieviel Stunden er beim Arbeiten der elektrischen Lampen gearbeitet habe? Als Mann, der noch im Besitze seiner gefunden Glieder ist und nicht die Strapazen des Krieges durchmachen braucht. Beim Arbeiten der elektrischen Lampen sind dursch Worgelichte in die Werkstatt gekommen, haben sich aber nicht über das Gehen des Herrn G. ausgehalten. Herr G. ist Vorstandsmittelglied der Luthergemeinde und kennt wohl das Gebot: „Du sollst Deinen Nächsten lieben, als Dich selbst!“

Ich frage die Verwaltung an, ob es nicht beschämend ist, daß Schweißbeschädigte mit solchen Arbeiten beschäftigt werden. Ich bewerbe mich schon seit drei Jahren um eine andere Beschäftigung, wo ich meine noch vorhandene Arbeitskraft voll und ganz zur Verfügung stellen könnte. Ich kann es überhaupt nicht verstehen, daß Leute im Betriebe sind, die Bäume ausreifen können und nicht wissen, was sie den ganzen lieben Tag anfangen sollen. Auf der anderen Seite aber wird ein Schweißbeschädigter, der seine Arbeit zur vollen Zufriedenheit ausführt, drangsalariert. Ein Urteil überlasse ich den geschätzten Lesern.

W. T., Schweißbeschädigter.

Bereinstalender.

Mitgliederabteilung des NDBB. Versammlungen der Mitarbeiterauschüsse finden statt:

Am Donnerstag, den 26. Oktober, abends 7 Uhr, bei Brüder, Gabelstraße, Kellner Saal.

Am Freitag, den 27. Oktober, abends 7 Uhr, in den Hubertusgärten, Friedrich-Wilhelmstraße.

Am Montag, den 30. Oktober, abends 7 Uhr, im Bergkeller.

Am Mittwoch, den 1. November, abends 7 Uhr, bei Brüder, Hübelschstraße, großer Saal.

Der in den einzelnen Gewerkschaften bekanntgegebene Kurkurs beginnt Sonnabend, den 25. d. Mts., abends 7 Uhr, im Zimmer 7/8 des Gewerkschaftshauses.

Deutscher Bauarbeiterverband. Abt.ung Bauarbeiter! Donnerstag, den 26. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, findet im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses eine Delegierten- und Vertreter-Versammlung statt.

Die Ortsverwaltung. Deutscher Bauarbeiterverband. Sektion der Poliers und Schweißmeister. Donnerstag, den 26. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, im Zimmer 5 des Gewerkschaftshauses, wichtige Sektionsversammlung. Vollständiges Erziehen erwünscht.

Die Sektionsleitung.

Lobetheater.

„Karrasell.“ Ein bedeutungsloses Lustspiel von Verneuil, das weniger raffiniert schmilzige Schauspieler als die Berliner Gäste in Grund und Boden fahren würden.

„Der Mann im Schrank.“ Ein recht abwechslungsreiches Programm bieten die Bühnenspieler, dessen Diktion anscheinend keine Mühe und Kosten scheut, um dieses Theater auf einem guten Niveau zu halten.

Filmschau.

Ein recht abwechslungsreiches Programm bieten die Bühnenspieler, dessen Diktion anscheinend keine Mühe und Kosten scheut, um dieses Theater auf einem guten Niveau zu halten.

ein zum Teil sehr interessantes Programm, das sich durch die ganze Woche hindurch abspielt.

„Die Macht der Versuchung.“ Ein guter Erfolg auch schon die Mitwirkung erster künstlerischer Kräfte verbürgt.

Familien-Anzeigen

Ein treues Mutterherz hat aufgehört zu schlagen! Am 21. Oktober verschied nach langem, schweren Leiden unsere heiliggeliebte Mutter, Großmutter und Tante, Witfrau Maria Scholz.

Berichtigung. Die Beerdigung des Pensionärs Cosel, sondern auf dem Freiwilligen Friedhofe, Dunschlauer Straße, statt.

Deutscher Bekleidungsarbeiter-Verband Filiale Breslau. Mittwoch, den 25. Oktober 1932, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Zimmer 10.

Bersammlung

für alle in der Damenkonfektion beschäftigten Kollegen und Kolleginnen.

Tagesordnung: „Stellungnahme zu der von den Arbeitgebern erfolgten Tarifkündigung.“

In Anbetracht der außerordentlich wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht aller Kollegen und Kolleginnen, für zahlreichen Besuch der Versammlung Sorge zu tragen.

Heute Dienstag, 24. Oktober, abds. 7 1/2 Uhr, in den Räumen der Guttempler-Loge, Maximilianstr. 7, ptr.

Bortrag des Dr. med. A. Scholz aus Bad Neerisshofen über „Die soziale Bedeutung des Aneippfistems“.

Ich habe mich als praktischer Arzt niedergelassen und halte Sprechstunden von 8-9 und 1-3 Uhr, Sonnabend und Sonntag von 9-10 Uhr.

Einige Tage vor dem Einbruch der Winterkälte, die den Menschen sehr unangenehm ist, ist es notwendig, sich rechtzeitig zu schützen.

Zurückgekehrt Prof. Fraenkel

Zurückgekehrt Dr. Ludwig Laband

Königsplatz Ecke Nikolaistraße 44

Frauen behaupten sich jeder Zeit

Gummibarenbans Barthel

Frauen brauchen bei Krankheit Störungen

Frauen brauchen bei Krankheit Störungen

Frauen brauchen bei Krankheit Störungen

Frauen brauchen bei Krankheit Störungen

Frauen brauchen bei Krankheit Störungen

Frauen brauchen bei Krankheit Störungen

Frauen brauchen bei Krankheit Störungen

Stadttheater.

Dienstag 7 Uhr: Orpheus und Eurydike

Donnerstag 7 Uhr: Das Glöckchen des Eremiten

Schauspielhaus. Operettenabende. Tel. Ring 2546

Ein Walzertraum. Mittwoch 7 1/2 Uhr

Die Bajadere. Freitag 7 1/2 Uhr

Die Tante. Sonntag 7 1/2 Uhr

Prinzessin Orla. Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr

DK Sensations-Lichtspiele

Der Kampf um die Millionen! 6 Akte.

Der Kampf um die Millionen! 6 Akte.

Der Kampf um die Millionen! 6 Akte.

Der Kampf um die Millionen! 6 Akte.

Der Kampf um die Millionen! 6 Akte.

Der Kampf um die Millionen! 6 Akte.

Der Kampf um die Millionen! 6 Akte.

Der Kampf um die Millionen! 6 Akte.

Der Kampf um die Millionen! 6 Akte.

Der Kampf um die Millionen! 6 Akte.

Der Kampf um die Millionen! 6 Akte.

Der Kampf um die Millionen! 6 Akte.

Der Kampf um die Millionen! 6 Akte.

Der Kampf um die Millionen! 6 Akte.

Der Kampf um die Millionen! 6 Akte.

Der Kampf um die Millionen! 6 Akte.

Der Kampf um die Millionen! 6 Akte.

Der Kampf um die Millionen! 6 Akte.

Der Kampf um die Millionen! 6 Akte.

Der Kampf um die Millionen! 6 Akte.

Der Kampf um die Millionen! 6 Akte.

25.-31. Oktober. Chrysanthemum-Schau Obst- u. Gemüse-Ausstellung

Ausstellungsgebäude Scheitnig. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 7 Uhr abends

Der große Lubitsch Film! Das Weib des Pharao. Ein Massen-Prunkfilm elementarer Wucht!

Emil Jannings, Paul Wegener, Harry Liedtke

Ab Dienstag 6 Uhr. Der Weltmeister Detektiv Harry Hill

Die Raubzüge der Totenkopflieger. F. d. R. G. K.

Das Liebesnest. Die Männer der Frau Clarisse.

Die Raubzüge der Totenkopflieger. F. d. R. G. K.

Die Raubzüge der Totenkopflieger. F. d. R. G. K.

Die Raubzüge der Totenkopflieger. F. d. R. G. K.

Die Raubzüge der Totenkopflieger. F. d. R. G. K.

Die Raubzüge der Totenkopflieger. F. d. R. G. K.

Die Raubzüge der Totenkopflieger. F. d. R. G. K.

Die Raubzüge der Totenkopflieger. F. d. R. G. K.

Die Raubzüge der Totenkopflieger. F. d. R. G. K.

Die Raubzüge der Totenkopflieger. F. d. R. G. K.

Die Raubzüge der Totenkopflieger. F. d. R. G. K.

Die Raubzüge der Totenkopflieger. F. d. R. G. K.

Die Raubzüge der Totenkopflieger. F. d. R. G. K.

Die Raubzüge der Totenkopflieger. F. d. R. G. K.

Die Raubzüge der Totenkopflieger. F. d. R. G. K.

Die Raubzüge der Totenkopflieger. F. d. R. G. K.

200. Jubiläum. Die große Filmschau.

Die große Filmschau. Die große Filmschau.

Der Mann im Schrank. Persönliches Gastspiel von Harry Hill

Die große Filmschau. Die große Filmschau.

Die große Filmschau. Die große Filmschau.

Die große Filmschau. Die große Filmschau.

Die große Filmschau. Die große Filmschau.

Die große Filmschau. Die große Filmschau.

Die große Filmschau. Die große Filmschau.

Die große Filmschau. Die große Filmschau.

Die große Filmschau. Die große Filmschau.

Die große Filmschau. Die große Filmschau.

Die große Filmschau. Die große Filmschau.

Die große Filmschau. Die große Filmschau.

Die große Filmschau. Die große Filmschau.

Die große Filmschau. Die große Filmschau.

Die große Filmschau. Die große Filmschau.

Die große Filmschau. Die große Filmschau.

Die große Filmschau. Die große Filmschau.

Die große Filmschau. Die große Filmschau.

Die große Filmschau. Die große Filmschau.

Die große Filmschau. Die große Filmschau.